

An den Herrn
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft
DI Josef Pröll

Bundesministerium f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien

Zell am See, am 17. Jänner 2008

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Wir dürfen uns eingangs im Namen unseres Vereines für die Einladung zur Teilnahme an der Informationsveranstaltung betreffend der geplanten Umstrukturierungen beim Forsttechnischen Dienst am 9. Jänner 2008 in Salzburg bedanken, die auf Initiative des Zentralausschusses erfolgt ist. Der Mitgliederstand unsers Vereines rekrutiert sich zu mehr als zwei Drittel aus dem Forsttechnischen Dienst und daher verfolgen wir stets mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen unserer Institution.

Mit dem Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung verfügt der Bund flächendeckend über dezentrale Einrichtungen als Kompetenzzentren zum Schutz vor Naturgefahren. Im Sinne eines „One-Stop-Shops“ werden alle notwendigen Schritte zu einer nachhaltigen Naturgefahrenprävention vom Dienstzweig erledigt und im Krisenfall rasche und unbürokratische Hilfe geboten. Der Forsttechnische Dienst versteht sich als eine Serviceeinrichtung mit umfassenden Tätigkeiten im Bereich des Gutachterwesens, der Gefahrenzonenplanung, der Schutzmaßnahmenplanung und – Umsetzung sowie der Katastrophenhilfe. Aus der gesamthaften Bearbeitung und Betrachtung des Themenkomplexes kann ein umfassender Kenntnisstand gewonnen werden und es können Synergieeffekte genutzt werden.

Das 1884 gegründete Forsttechnische System hat sehr viele Entwicklungen durchlaufen und ist heute mit seiner Ausrichtung nach den Grundsätzen des New Public Management ein Paradebeispiel für moderne Verwaltung, wo Bürgernähe nicht nur ein Schlagwort ist. Dieses „**Gesamtleistungspaket WLW**“ garantiert die hohe Anerkennung sowohl bei den Bürgern als auch auf allen politischen Ebenen (von der kommunalen über die regionale bis hin zur nationalen Ebene). Neben der nationalen und Internationalen Anerkennung wird die ausgezeichnete Leistung auch von den obersten staatlichen Prüforganen (Rechnungshof) bestätigt.

Ihren Aussagen zu Folge soll diese schlagkräftige Organisationseinheit auch noch weiter **gestärkt** werden.

Dies war auch das erklärte Ziel des Regierungsübereinkommens. Demgemäß sollte die Zusammenführung und Bündelung aller mit dem Schutz vor Naturgefahren betrauten Institutionen des Bundes und der Länder erfolgen. Diese Harmonisierungsbestrebungen mit dem Ziel der Schaffung eines transparenten, effizienten und schlagkräftigen Verwaltungskörpers wurden allgemein sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die dadurch erzielbaren Verbesserungen für die Bevölkerung werden als sinnvoll erachtet und seitens der Bediensteten auch bei strukturellen Änderungen befürwortet und unterstützt.

Auf Basis der Information durch SC Mannsberger und AL Patek im Jänner dieses Jahres ist nunmehr aber ein Paradigmenwechsel absehbar, der nach jetzigem Stand des Wissens unserer Einschätzung nach zahlreiche Risiken in sich birgt:

Die Hauptintention des Regierungsübereinkommens zur Bündelung der Agenden „Schutz vor Naturgefahren“ wurde weitgehend aufgegeben. Nach derzeitigem Wissensstand ist beabsichtigt, die WLV in eine Agentur als Körperschaft öffentlichen Rechts auszugliedern. Diese Organisation soll ihre Agenden nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen wahrnehmen und jährlich eine Bilanz legen.

Dies wird zwangsläufig neben der Bewältigung der rein hoheitlichen Tätigkeiten zu einer Differenzierung in Profit- und Non-Profit-Bereiche führen. Die damit verbundene Orientierung in Richtung der monetär lukrativen Tätigkeiten reduziert das derzeit wahrgenommene Aufgabenspektrum und gefährdet das oben dargestellte Gesamtleistungspaket, wie dies bei ähnlich gelagerten Fällen beobachtet werden konnte.

Wie auch mehrfach bestätigt wurde, ist bei einer Ausgliederung zwangsläufig auch mit einer wesentlichen Erhöhung des Systemkostenaufwands (erweiterte Leitungsgremien, Rechtsdienst, etc.) zu rechnen, was letztlich bei versprochenen gleich bleibenden Budgetmitteln zu Lasten des realisierbaren Schutzbedarfs gehen wird.

Eine Ausgliederung wirft mit Sicherheit umfangreiche rechtliche Fragen auf, die beispielsweise in Hinblick auf das geltende Wettbewerbsrecht eine ganz wesentliche Erhöhung des Planungs- und Projektierungsaufwandes und der damit verbundenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen erwarten lassen. Die Abkoppelung von der Schutzmaßnahmenausführung würde sukzessive eine Aushöhlung der in beinahe 125 Jahren gewonnenen Kompetenz der WLV bedeuten. Es ist mit dem Verlust wertvoller Synergieeffekte zu rechnen, die uns gerade bei der Bewältigung von Katastrophen so schlagkräftig zu Gute kommen.

Im Sinne der Fortführung der Erfolgsgeschichte der Wildbach- und Lawinerverbauung in Österreich wollen wir an alle Entscheidungsträger dringend appellieren, die Reorganisationsbestrebungen streng in Hinblick auf die Verbesserung des „Leistungspaketes WLV“ für den Bürger zu richten. Unbeeinflusst von engen zeitlichen Vorgaben muss es möglich sein, derartige Überlegungen in Hinblick auf ihre langfristigen Folgen zu hinterfragen.

Für den Fall der Unvereinbarkeit des vom Ihnen formulierten Auftrags mit den oben skizzierten Grundsätzen muss auch ein Ausstiegsszenario definiert werden.

Daseinsvorsorge im Sinne der Naturgefahrenprävention ist eine von der öffentlichen Hand wahrzunehmende Aufgabe, die nicht unter dem Aspekt kurzfristiger politischer und wirtschaftlicher Ziele betrachtet werden darf.

Die Bediensteten haben trotz der mittlerweile über 15 Jahre dauernden Diskussionen über Ausgliederung, Verländerung, Privatisierung dem Dienstzweig immer mit vollem Engagement gedient. In Zeiten der Klimaerwärmung und der damit verbundenen prognostizierten Häufung von Naturkatastrophen und in Zeiten einer intensiven touristischen Nutzung unserer alpinen Lebensräume, die die wirtschaftliche Basis für ein gesichertes Leben in alpinen Regionen fern der Ballungsräume darstellt, werden zwangsläufig die Aufgaben und Aufwendungen zum Schutz vor Naturgefahren steigen.

Der Forsttechnische Dienst ist für diese Aufgaben bestens gerüstet.

Wünschenswert wäre neben dem klaren politischen Bekenntnis zu dieser wertvollen Aufgabe auch das Bekenntnis zur bestmöglichen Erfüllung dieser Aufgabe durch die Staatsorgane.

Präsident

DI Anker Franz e.h.

Vizepräsident

DI Thomas Huber e.h.

Ergeht in Durchschrift:

- Generalsekretär BMLFUW DI Mag. DDr. Reinhard Mang
- Sektionschef der Sektion IV Forstwesen DI Gerhard Mannsberger
- Abteilungsleiterin der Abteilung IV/5 Wildbach und Lawinenverbauung DI Maria Patek
- Sektionsleiter Tirol DI Siegfried Sauermoser
- Sektionsleiter Salzburg DI Leonhard Krimpelstätter
- Vorsitzender der GÖD Fritz Neugebauer, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien
- ZA Johann Sommer